Allgemeine Einkaufsbedingungen der h-kon GmbH

1. Allgemeines - Geltungsbereich

- 1.1. Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen („**Einkaufsbedingungen**“) gelten für alle Lieferungen und Leistungen (einschließlich Neben- und Zusatzleistungen wie z.B. Einbau oder Montage, „**Lieferungen**“), die ein Unternehmer im Sinne des § 14 BGB, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlichrechtliches Sondervermögen („**Lieferant**“) gegenüber der h-kon GmbH erbringt.
- 1.2. Unsere Einkaufsbedingungen gelten ausschließlich. Entgegenstehende oder von unseren Einkaufsbedingungen oder von gesetzlichen Bestimmungen abweichende Bedingungen des Lieferanten erkennen wir nicht an, es sei denn, wir haben ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Dies gilt auch dann, wenn wir nicht ausdrücklich widersprochen oder die Lieferung des Lieferanten vorbehaltlos angenommen oder Zahlungen vorbehaltlos ausgeführt haben.
- 1.3. Unsere Einkaufsbedingungen gelten als Rahmenvereinbarung auch für alle künftigen Verträge über Lieferungen durch denselben Lieferanten, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssen.

2. Vertragsschluss

- 2.1. Vertragsangebote und Kostenvoranschläge des Lieferanten sowie die Zurverfügungstellung zugehöriger Muster oder technischer Unterlagen erfolgen unentgeltlich und sind für uns unverbindlich.
- 2.2. Unsere Bestellungen und sonstigen auf den Abschluss von Verträgen gerichteten Erklärungen bedürfen der Schriftform. Von diesem Schriftformerfordernis sind nachvertragliche Änderungen und Ergänzungen nicht umfasst. Wir bleiben jedoch berechtigt, einen Vertragsschluss herbeizuführen, indem wir Lieferungen vorbehaltlos annehmen oder Zahlungen vorbehaltlos ausführen.
- 2.3. Geht uns nicht innerhalb von fünf (5) Arbeitstagen nach Zugang unserer Bestellung beim Lieferanten eine Auftragsbestätigung zu, sind wir zum Widerruf der Bestellung berechtigt. Vertragsschluss herbeizuführen, indem wir Lieferungen vorbehaltlos annehmen oder Zahlungen vorbehaltlos ausführen.
- 2.4. Weicht die Auftragsbestätigung des Lieferanten von unserer Bestellung ab, erweitert oder beschränkt sie diese, wird der Lieferant die Abweichungen als solche besonders hervorheben. Solche Abweichungen werden nur Vertragsbestandteil, soweit wir diese schriftlich ausdrücklich annehmen. Etwaige Vorgaben von uns die Lieferungen

betreffend überprüft der Lieferant eigenständig im Rahmen seiner allgemeinen und besonderen Sach- und Fachkunde auf etwaige Fehler oder Widersprüche und weist uns bereits vor Vertragsschluss schriftlich darauf hin. Dies gilt insbesondere für etwaige Bedenken hinsichtlich der Eignung der Lieferungen für einen in der Bestellung bestimmten Verwendungszweck.

3. Preise - Zahlungsbedingungen

- 3.1. Der in der Bestellung ausgewiesene Preis ist bindend. Soweit nicht abweichend schriftlich vereinbart, versteht sich der vereinbarte Preis „DDP“ an den von uns benannten Bestimmungsort (Incoterms® 2020), zuzüglich etwaig anfallender Umsatzsteuer.
- 3.2. Soweit im Einzelfall nicht etwas anderes schriftlich vereinbart ist, schließt der Preis auch alle Nebenkosten (z.B. sichere Verpackung, Transport, Auslösung, Entladung, Versicherung) sowie die Vergütung für die Einräumung von Rechten des geistigen Eigentums ein. Verpackungsmaterial hat der Lieferant auf unser Verlangen unentgeltlich zurückzunehmen.
- 3.3. Rechnungen müssen den gesetzlichen Anforderungen und den Vorgaben in unserer Bestellung entsprechen; insbesondere die dort ausgewiesene Bestellnummer enthalten. Sofern ausgeführte Stundenlohnarbeiten vereinbarungsgemäß in Rechnung gestellt werden, sind Tätigkeitsnachweise der Rechnung beizufügen. Zweitschriften sind als solche zu kennzeichnen.
- 3.4. Der Zahlungsanspruch des Lieferanten wird ohne Verzicht auf weitergehende gesetzliche Voraussetzungen frühestens innerhalb von 30 Tagen nach vollständiger Lieferung, und – soweit eine Abnahme erforderlich ist – nach Abnahme, und nach Eingang einer ordnungsgemäßen und prüffähigen sowie diesen Einkaufsbedingungen entsprechenden Rechnung zur Zahlung fällig. Bei Zahlung binnen 14 Tagen sind wir zum Abzug von 3% Skonto berechtigt.
- 3.5. Für die Rechtzeitigkeit unserer Zahlungen genügt der rechtzeitige Eingang eines Überweisungsauftrages bei unserer Bank.
- 3.6. Der Lieferant ist nicht berechtigt, seine Forderungen gegen uns aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis ohne unsere schriftliche Zustimmung an Dritte abzutreten.
- 3.7. Zahlungen bedeuten keine Anerkennung der Lieferungen als vertragsgemäß.

4. Lieferzeit - Lieferverzug

- 4.1. Der in der Bestellung angegebene Liefertermin ist bindend. Zu einer vorzeitigen Lieferung ist der Lieferant nicht berechtigt.
- 4.2. Soweit nicht ausdrücklich abweichend vereinbart, ist für die Einhaltung des vereinbarten Liefertermins die rechtzeitige Zurverfügungstellung der Lieferungen durch den Lieferanten am vereinbarten Bestimmungsort gemäß Ziffer 5.1 maßgeblich. Sofern die Lieferungen einer Abnahme bedürfen, ist der jeweilige Liefertermin eingehalten, wenn der Lieferant uns die Lieferungen am Liefertermin abnahmereif zur Verfügung stellt.
- 4.3. Der Lieferant ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn Umstände eintreten oder ihm erkennbar werden, aus denen sich ergibt, dass der vereinbarte Liefertermin nicht eingehalten werden kann. Dies hat jedoch keine Auswirkungen auf die Verantwortlichkeit des Lieferanten zur Einhaltung der vereinbarten Lieferzeit.
- 4.4. Die vorbehaltlose Annahme einer verspäteten (Teil-)Lieferung stellt keinen Verzicht auf Rechte oder Ansprüche wegen nicht rechtzeitiger (Teil-)Lieferung dar.
- 4.5. Soweit der Lieferant mit einer Lieferung in Verzug gerät, sind wir berechtigt, für jeden angefangenen Werktag des Verzugs eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,3 % des für die betroffene Lieferung tatsächlich geschuldeten Netto-Preises, insgesamt aber höchstens 5 % des für die betroffene Lieferung tatsächlich geschuldeten Netto-Preises, geltend zu machen. Die Geltendmachung weitergehender Verzugsschäden bleibt unberührt. Bereits gezahlte Vertragsstrafen sind jedoch auf unsere etwaigen Schadensersatzansprüche anzurechnen. Die Vertragsstrafe können wir auch dann geltend machen, wenn ein Vorbehalt bei Annahme der Lieferung unterbleibt, über die Schlusszahlung der Lieferung hinaus jedoch nur, wenn wir uns das Recht hierzu bei der Schlusszahlung vorbehalten. Unsere sonstigen Rechte und Ansprüche wegen Verzugs bleiben unberührt.

5. Ausführung der Lieferung

- 5.1. Soweit nicht ausdrücklich abweichend vereinbart, erfolgt die Lieferung „DDP“ (Incoterms® 2020) an den in unserer Bestellung angegebenen Bestimmungsort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz zu erfolgen. Der Lieferant ist zudem zu einer sicheren Verpackung der Lieferungen sowie zu ihrer Versicherung für den Transport verpflichtet.
- 5.2. Sofern Lieferungen digital im Wege des Downloads erfolgen, ist uns der jeweilige Liefergegenstand oder die geeigneten Mittel für den Zugang zu diesem oder das

Herunterladen des jeweiligen Liefergegenstandes unmittelbar oder mittels einer von uns hierzu bestimmten Einrichtung zur Verfügung zu stellen oder zugänglich zu machen.

- 5.3 Der Lieferung ist ein Lieferschein insbesondere unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalte der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Nummer) beizulegen. Es gehört zudem zu den Hauptleistungspflichten des Lieferanten, alle Lieferungen technisch und inhaltlich nachvollziehbar in deutscher Sprache – unbeschadet weitergehender vertraglicher oder gesetzlicher Anforderungen – zu dokumentieren und eine vollständige Dokumentation in ausdrückbarer Form zu liefern. Sämtliche Liefergegenstände (inklusive Software) sind insbesondere stets mit einer Dokumentation bezüglich Benutzung, Installation, Betrieb und Wartung zu liefern. Die Vollständigkeit der Lieferung setzt auch den Eingang des Lieferscheins, der Dokumentation und sonstiger vereinbarter Unterlagen voraus.
- 5.4 Lieferungen müssen in jeder Hinsicht der vertraglich vereinbarten Beschaffenheit, den jeweils (insbesondere auch im Bestimmungsland) geltenden produkt- und umweltschutzrechtlichen Gesetzen, den einschlägigen Sicherheitsvorschriften, Verordnungen und Bestimmungen von Behörden und Fachverbänden sowie dem neuesten Stand der Technik entsprechen, nach Art und Güte von hochwertiger Qualität und für die vorausgesetzte bzw. übliche Verwendung geeignet sein. Weitergehende subjektive und objektive Anforderungen an die Lieferungen bleiben unberührt.
- 5.5 Die Lieferung von Software und/oder Datenträgern muss in einem gängigen und lesbaren, dem jeweils aktuellen Stand der Technik entsprechenden Format erfolgen, soweit nicht ein bestimmtes Format schriftlich vereinbart ist. Vor der Lieferung wird der Lieferant diese mit einem dem aktuellen Stand der Technik entsprechenden Virensuchprogramm überprüfen und sicherstellen, dass die Software und/oder Datenträger keine Malware (Software mit Schadfunktionen), Computerviren, trojanische Pferde, Würmer oder ähnliche schädliche Bestandteile enthalten.
- 5.6 Die Lieferung von Software, die Open Source Software enthält und die unter einer Copyleft-Lizenz steht, ist mangels ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung im Einzelfall unzulässig. Open Source Software ist jegliche Software, die unter Nutzungs- und Lizenzbestimmungen für Open Source Software vertrieben wird, zu deren wesentlichen Verpflichtungen die Weitergabe oder Offenlegung des Quellcodes der Software gehören („**Open Source Software**“). Copyleft-Lizenz ist eine Form von Nutzungs- und Lizenzbestimmungen für Open Source Software, die dazu führen kann, dass mit der jeweiligen Open Source Software integrierte oder verbundene Softwarekomponenten ebenfalls unter den jeweiligen Nutzungs- und Lizenzbestimmungen für Open Source Software verbreitet werden müssen („**Copyleft-Lizenz**“).

- 5.7 Lieferungen gehen mit Übergabe in unser Eigentum über, soweit nicht abweichend vereinbart. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Lieferanten auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Lieferanten spätestens mit Kaufpreiszahlung für die Liefergegenstände. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung unwiderruflich zur vertragsgemäßen Verwendung der Liefergegenstände, insbesondere zur Vermischung, Verbindung, Verarbeitung und Weiterveräußerung der Liefergegenstände, berechtigt. Ausgeschlossen sind alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der verlängerte Eigentumsvorbehalt.
- 5.8 Wir sind berechtigt, jederzeit vom Lieferanten technische Änderungen der Lieferungen zu verlangen. In diesem Fall hat uns der Lieferant auf schriftliche Anforderung spätestens innerhalb von zehn (10) Tagen schriftlich über die technisch-inhaltlichen, kostenmäßigen und zeitlichen Auswirkungen zu informieren. Der Lieferant wird mit uns gemäß Treu und Glauben über eine entsprechende schriftliche Nachtragsvereinbarung verhandeln. Erst bei Abschluss der Nachtragsvereinbarung ist der Lieferant verpflichtet und berechtigt, die verlangten Änderungen durchzuführen.
- 5.9 An unseren Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentumsrechte und Urheberrechte – soweit Urheberrechtsfähigkeit gegeben ist – vor; sie dürfen Dritten ohne unsere ausdrückliche schriftliche Zustimmung nicht zugänglich gemacht werden. Sie sind ausschließlich für die Zwecke gemäß unserer Bestellung zu verwenden; sie sind uns auf schriftliche Anforderung, jedoch spätestens nach Abwicklung der Bestellung unaufgefordert zurückzugeben. Dritten gegenüber sind sie geheim zu halten, insoweit gilt ergänzend die Regelung gemäß Ziffer 13. Dem Lieferanten steht an diesen Unterlagen kein Zurückbehaltungsrecht zu.

6. Gefahrenübergang - Abnahme - Höhere Gewalt

- 6.1 Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Liefergegenstände geht mit Übergabe am jeweiligen Bestimmungsort bzw. im Falle von digitalen Lieferungen im Wege des Downloads mit ordnungsgemäßer Bereitstellung auf uns über. Soweit eine Abnahme gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend.
- 6.2 Eine gesetzlich vorgesehene oder vertraglich vereinbarte Abnahme hat förmlich zu erfolgen. § 640 Abs. 2 BGB bleibt unberührt. Soweit nicht abweichend vereinbart, können wir die Abnahme bis zu zwei (2) Wochen nach Fertigmeldung der Lieferung durch den Lieferanten erklären. Teilabnahmen sind ausgeschlossen.

- 6.3 Ereignisse höherer Gewalt berechtigen uns, die Erfüllung unserer Pflichten, insbesondere auch der Abnahmepflicht, um die Dauer der Behinderung durch die höhere Gewalt und einer angemessenen Anlaufzeit hinauszuschieben. Ereignissen höherer Gewalt stehen alle von uns nicht zu vertretenen, nicht abwendbaren Ereignisse gleich, insbesondere währungs-, handelspolitische, sonstige hoheitliche Maßnahmen, Streiks, Aussperrungen, wesentliche Betriebsstörungen (z. B. Feuer, Maschinenbruch, Rohstoff- oder Energiemangel) sowie Behinderung der Verkehrswege – jeweils von nicht nur kurzfristiger Dauer –, die die Erfüllung unserer Pflichten wesentlich erschweren oder unmöglich machen. Dauern Ereignisse höherer Gewalt oder diesen gleichgestellte Ereignisse länger als drei (3) Monate, steht sowohl uns als auch dem Lieferant das Recht zu, vom Vertrag zurückzutreten. Wir informieren den Lieferant so bald wie möglich von Eintritt und Ende derartiger Ereignisse.

7. Mängelhaftung

- 7.1 Soweit eine gesetzliche Obliegenheit zur Untersuchung der Lieferungen besteht, beschränkt sich diese Pflicht auf offensichtliche Mängel, insbesondere äußerlich erkennbare Transportbeschädigungen und Abweichungen in Identität und Menge. Soweit eine gesetzliche Obliegenheit zur Mängelrüge besteht, sind dem Lieferanten offensichtliche Mängel binnen fünf (5) Tagen nach Lieferung, sonstige Mängel binnen zehn (10) Tagen nach deren Entdeckung mitzuteilen. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht für uns keine Untersuchungs- und Rügepflicht vor der Abnahme. Weitergehende Untersuchungs- oder Rügeobligationen bestehen nicht.
- 7.2 Die gesetzlichen Mängelansprüche und -rechte stehen uns ungekürzt zu; unabhängig davon sind wir berechtigt, vom Lieferanten nach unserer Wahl Mangelbeseitigung oder mangelfreie Neulieferung bzw. -herstellung innerhalb angemessener Frist zu verlangen.
- 7.3 Wir können einen Mangel auch dann, wenn § 637 BGB nicht einschlägig ist, selbst beseitigen und vom Lieferanten Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen, wenn der Lieferant seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung nach unserer Wahl nicht innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nachkommt. Ist die Nacherfüllung durch den Lieferanten fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßig hoher Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung. Von derartigen Umständen werden wir den Lieferanten unverzüglich, nach Möglichkeit vor einer Selbstvornahme, unterrichten.
- 7.4 Die Verjährungsfrist für Ansprüche im Zusammenhang mit Sach- und Rechtsmängeln beträgt, soweit nicht ausdrücklich abweichend vereinbart oder gesetzlich eine längere Verjährungsfrist gilt, 36 Monate ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

- 7.5 Eine innerhalb der Verjährungsfrist von uns erhobene Mängelrüge hemmt die Verjährung bis zwischen uns und dem Lieferanten Einigkeit über die Beseitigung des Mangels und etwaiger Folgen besteht; die Hemmung endet jedoch sechs (6) Monate nach endgültiger Ablehnung der Mängelbeseitigung durch den Lieferanten. Die Verjährung von Mängelansprüchen tritt frühestens drei (3) Monate nach dem Ende der Hemmung ein, in keinem Fall jedoch vor Ablauf der ursprünglichen Verjährungsfrist gemäß Ziffer 7.4.
- 7.6 Mit einer im Rahmen der Gewährleistung vorgenommenen Neulieferung bzw. -herstellung oder mit Beendigung der Mängelbeseitigung, oder, soweit eine Abnahme der Nacherfüllung gesetzlich erforderlich oder vereinbart ist, mit der Abnahme, beginnt die Verjährungsfrist für ersetzte und nachgebesserte Teile einmalig neu zu laufen, es sei denn, wir mussten nach dem Verhalten des Lieferanten davon ausgehen, dass dieser sich nicht zu der Maßnahme verpflichtet sah, sondern die Ersatzlieferung oder Mängelbeseitigung nur aus Kulanzgründen oder aus ähnlichen Gründen vornahm.

8. Freistellung - Produkthaftung

- 8.1 Der Lieferant stellt uns von Schadensersatz- und Aufwendungsersatzansprüchen Dritter frei, es sei denn, er hat diese nicht zu vertreten. Weitergehende gesetzliche Rechte von uns bleiben unberührt.
- 8.2 Der Lieferant hält uns hinsichtlich aller Ansprüche schadlos, die auf einen Produktfehler der Lieferung oder eine Verletzung der Produktbeobachtungspflicht des Lieferanten zurückzuführen sind, es sei denn, der Lieferant hat diese nicht zu vertreten. Soweit wir verpflichtet sind, aus einem solchen Grund eine Rückrufaktion oder sonstige Feldaktion gegenüber Dritten durchzuführen, trägt der Lieferant sämtliche hiermit verbundene Kosten.
- 8.3 Der Lieferant ist verpflichtet, auf eigene Kosten eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer angemessenen Deckungssumme zu unterhalten. Auf Anforderung hat uns der Lieferant unverzüglich die Versicherungsdeckung nachzuweisen.

9. Schutzrechte – Nutzungs- und Verwertungsrechte

- 9.1 Der Lieferant gewährleistet, dass im Zusammenhang mit seiner Lieferung keine Rechte Dritter verletzt werden und Dritte an den Lieferungen keinerlei Rechte, insbesondere keine dinglichen Rechte, gewerblichen Schutzrechte oder Urheberrechte („**Schutzrechte**“) geltend machen können.
- 9.2 Macht ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten in Bezug auf eine Lieferung des Lieferanten Ansprüche gegen uns geltend, wird der Lieferant - unbeschadet unserer sonstigen Rechte - auf seine Kosten alles Zumutbare tun, um z.B. durch eine

Rechteeinräumung einen vertragsgemäßen Zustand herzustellen. Gelingt dies nicht, wird der Lieferant unverzüglich gleichwertige Lieferungen zur Verfügung stellen, die die Rechte Dritter nicht verletzen. Lieferungen sind nur dann gleichwertig, wenn sie die vereinbarte Nutzbarkeit der Lieferungen nicht einschränken.

- 9.3 Mit Lieferung überträgt der Lieferant uns sämtliche Rechte an geistigem Eigentum in Bezug auf die Liefergegenstände, insbesondere einschließlich aller gewerblichen Schutzrechte wie Patente und sonstigen Rechte an Erfindungen, Geschmacksmuster, Gebrauchsmuster und Designs, Markenrechte, Namensrechte, geschäftliche Bezeichnungen und sonstigen Kennzeichenrechte, Urheberrechte und verwandte Schutzrechte sowie Know-how und sämtliche damit im Zusammenhang stehenden Verwertungs- und Nutzungsrechte in ausschließlicher, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkter, übertragbarer und unterlizenzierbarer Weise, sodass wir uneingeschränkt berechtigt sind, die Liefergegenstände im eigenen Ermessen frei zu nutzen, zu verwerten und zu bearbeiten. Soweit eine Rechteübertragung aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften unzulässig ist, räumt uns der Lieferant sämtliche Nutzungs-, Verwertungs- und Bearbeitungsrechte bezüglich der Liefergegenstände im vorbezeichneten Umfang ein. Eingeräumte Nutzungsrechte beziehen sich auf sämtliche zum Zeitpunkt des jeweiligen Vertragsschlusses bekannten sowie später bekanntwerdenden Nutzungsarten.

10. Bereitstellung

- 10.1 Werkzeuge, Vorrichtungen und Modelle, die wir dem Lieferanten zur Verfügung stellen oder die zu Vertragszwecken gefertigt und uns durch den Lieferanten gesondert berechnet werden („**Beistellungen**“), bleiben in unserem Eigentum oder gehen in unser Eigentum über.
- 10.2 Beistellungen sind durch den Lieferanten als unser Eigentum kenntlich zu machen, sorgfältig, getrennt und unentgeltlich zu verwahren, auf eigene Kosten gegen Schäden jeglicher Art zu versichern, nachzuweisen und nur für Zwecke des Vertrages zu benutzen. Der Lieferant tritt uns bereits jetzt Ansprüche aus diesen Versicherungen in Bezug auf unsere Beistellungen gegenüber dem Versicherer ab. Wartungs- und Reparaturarbeiten an den Beistellungen hat der Lieferant auf eigene Kosten durchzuführen. Von einer Pfändung der Beistellungen oder anderen Eingriffen Dritter muss der Lieferant uns unverzüglich benachrichtigen.
- 10.3 Nach Aufforderung ist der Lieferant verpflichtet, Beistellungen im ordnungsgemäßen Zustand an uns herauszugeben; dem Lieferanten steht hieran kein Zurückbehaltungsrecht zu.

- 10.4 Zur Be- und Verarbeitung, Verbindung und Vermischung von Beistellungen ist der Lieferant nach Maßgabe unserer Bestellung berechtigt, im Übrigen nur nach unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung.
- 10.5 Be- und Verarbeitung, Verbindung und Vermischung der Beistellungen erfolgt für uns als Hersteller im Sinne von § 950 BGB, ohne uns zu verpflichten. Die verarbeiteten Waren gelten als Beistellungen im Sinne von Ziffer 10.1. Bei der Be- oder Verarbeitung, Verbindung oder Vermischung mit Gegenständen, die nicht in unserem Eigentum stehen, erwerben wir Miteigentum an den neuen Sachen. Der Umfang dieses Miteigentums ergibt sich aus dem Verhältnis des Wertes der Beistellungen zum Wert der übrigen Gegenstände. Erlischt unser Eigentum durch Verbindung oder Vermischung, so überträgt der Lieferant uns bereits jetzt die ihm zustehenden Eigentumsrechte an der neuen Sache im Umfang des Wertes der Beistellungen und verwahrt diese unentgeltlich für uns. Die Miteigentumsrechte gelten als Beistellungen gemäß Ziffer 10.1.

11. Qualitätssicherung - Audit - Ersatzteile - Updates/Upgrades

- 11.1 Der Lieferant hat ein Qualitätssicherungssystem zu etablieren und aufrechtzuerhalten, das den neuesten Standards der einschlägigen Zulieferindustrie entspricht. Der Lieferant hat insbesondere eine sorgfältige Ausgangskontrolle durchzuführen. Lieferungen, welche diese Kontrolle nicht bestanden haben, dürfen nicht ausgeliefert werden.
- 11.2 Wir sind nach vorheriger schriftlicher Ankündigung berechtigt, beim Lieferanten während der üblichen Geschäftszeiten den Fortgang der vertragsgegenständlichen Arbeiten zu beobachten und uns über den Stand der Arbeiten zu informieren. Wir sind auch dazu berechtigt, dass dieses Recht gemäß Satz 1 von einem sachverständigen Dritten wahrgenommen wird.
- 11.3 Der Lieferant ist verpflichtet, Ersatzteile für die Lieferungen für einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren nach der Lieferung in ausreichendem Umfang vorzuhalten. Dies gilt nicht, wenn der Lieferant nachweist, dass in der betreffenden Branche ein Handelsbrauch besteht, der eine kürzere Dauer der Ersatzteilverhaltung vorsieht, oder die übliche und erwartbare Lebensdauer der Lieferung kürzer ist. In diesem Fall bleibt der Lieferant zur Ersatzteilverhaltung für diesen kürzeren Zeitraum verpflichtet. Für Maschinen, Anlagen oder Komponenten mindestens aber für die Dauer von zehn (10) Jahre nach der jeweiligen Lieferung. Beabsichtigt der Lieferant, die Produktion von Ersatzteilen für die Lieferungen einzustellen, wird er uns dies unverzüglich nach der Entscheidung über die Einstellung schriftlich mitteilen.
- 11.4 Ziffer 11.3 gilt im Falle der Lieferung von Software ebenfalls in Bezug auf Updates, d.h. neue Versionen mit geringfügigen funktionalen Verbesserungen und/oder

Anpassungen der gelieferten Software, und Upgrades, d.h. neue Versionen mit mehr als geringfügigen funktionalen Verbesserungen und/oder Anpassungen der gelieferten Software. Der Lieferant ist verpflichtet, die vertraglich vereinbarten, mindestens die zum Erhalt der Vertragsmäßigkeit eines Liefergegenstandes erforderlichen Aktualisierungen bereitzustellen und uns über die Verfügbarkeit von Aktualisierungen zu informieren.

12. Arbeitnehmerrechte

- 12.1 Der Lieferant hat sicherzustellen, dass im Zusammenhang mit den Lieferungen alle anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Rechte der Arbeitnehmer des Lieferanten oder seiner Subunternehmer (z.B. Arbeitnehmerentendegesetz (AEntG), Mindestlohngesetz (MiLoG), „**Arbeitsrechtliche Bestimmungen**“) eingehalten werden.
- 12.2 Ungeachtet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte sind wir berechtigt, mit sofortiger Wirkung vom Vertrag zurückzutreten oder den Vertrag zu kündigen, wenn der Lieferant und/oder seine Subunternehmer schuldhaft gegen Arbeitsrechtliche Bestimmungen verstoßen. Der Lieferant ist verpflichtet, uns den infolge des Rücktritts oder der Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen. Ansprüche des Lieferanten wegen Nichterfüllung sind ausgeschlossen. Im Übrigen richten sich die Folgen des Rücktritts und der Kündigung nach den gesetzlichen Bestimmungen. Ungeachtet gesetzlicher Dokumentationspflichten hat der Lieferant sicherzustellen, dass er uns die Einhaltung der Arbeitsrechtlichen Bestimmungen in geeigneter Form nachweisen kann.
- 12.3 Der Lieferant stellt uns von jeglichen Ansprüchen frei, die von Arbeitnehmern des Lieferanten oder von Arbeitnehmern von Subunternehmern aufgrund von Verletzungen der Arbeitsrechtlichen Bestimmungen erhoben werden, es sei denn, der Lieferant hat die Verletzung nicht zu vertreten.

13. Schutzrechte – Nutzungs- und Verwertungsrechte

- 13.1 Der Lieferant wird die Geschäftsbeziehung mit uns sowie sämtliche im Rahmen dieser Geschäftsbeziehung ausgetauschte, von uns ausdrücklich als vertraulich bezeichneten oder anderweitig erkennbar vertraulich zu behandelnden oder durch gesetzliche Vorschriften zur Geheimhaltung geschützten Informationen („**Vertrauliche Informationen**“) streng geheim halten. Vertrauliche Informationen sind insbesondere Know-how, Daten, Software, Dokumentationen, Kalkulationsunterlagen, Werkzeuge, Verfahren, Muster, Diagramme, Entwürfe, Pläne, Zeichnungen, Leistungsbeschreibungen, Proben, Spezifikationen, Berichte, Kundenberichte, Preislisten, Studien, Ergebnisse und Anweisungen

- 13.2 Der Lieferant ist verpflichtet, alle im Rahmen der Geschäftsbeziehung erlangten Vertraulichen Informationen vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Zwingende gesetzliche Bestimmungen der §§ 3 und 5 GeschGehG bleiben unberührt.
- 13.3 Der Lieferant ist berechtigt, Vertrauliche Informationen nur an solche Mitarbeiter und Subunternehmer weiterzugeben, deren Einsatz wir ausdrücklich zugestimmt haben und wenn und soweit diese Vertraulichen Informationen für die Erbringung der jeweiligen Lieferungen durch die betreffenden Mitarbeiter bzw. den Subunternehmer erforderlich sind („need-to-know“-Prinzip). Dies gilt außerdem nur, wenn der Lieferant die Mitarbeiter oder den Subunternehmer zuvor mindestens in gleichem Umfang zur Vertraulichkeit verpflichtet hat, wie der Lieferant selbst verpflichtet ist. Dabei muss die Weitergabe der Vertraulichen Informationen durch die Mitarbeiter bzw. den Subunternehmer ausgeschlossen sein
- 13.4 Von dieser Verpflichtung ausgenommen sind ausnahmsweise nur solche Vertraulichen Informationen, (i) die dem Empfänger bei Abschluss des jeweiligen Vertrags nachweislich bereits bekannt waren oder ihm danach von dritter Seite bekannt werden, ohne dass dadurch eine Vertraulichkeitsvereinbarung, gesetzliche Vorschriften oder behördliche Anordnungen verletzt werden, (ii) die bei Abschluss des jeweiligen Vertrags öffentlich bekannt sind oder danach öffentlich bekannt werden, soweit dies nicht auf einer Verletzung des Vertrags beruht, (iii) die aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen oder auf Anordnung eines Gerichtes oder einer Behörde offengelegt werden müssen. Soweit zulässig und möglich wird der zur Offenlegung verpflichtete Empfänger die andere Partei so rechtzeitig vorab unterrichten, dass ihr die Gelegenheit bleibt, gegen die Offenlegung vorzugehen
- 13.5 Die Geheimhaltungspflicht gilt nach Beendigung des jeweiligen Vertrags für fünf (5) Jahre weiter.

14. Compliance

Der Lieferant ist – unbeschadet weitergehender vertraglicher Anforderungen – verpflichtet, alle einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten.

15. Exportkontrolle

- 15.1 Wir sind berechtigt, die Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen zu verweigern, soweit anwendbares nationales oder internationales Außenwirtschaftsrecht – insbesondere exportkontrollrechtliche oder zollrechtliche Vorschriften, einschließlich Embargovorschriften und Sanktionslisten – („**Anwendbares Außenwirtschaftsrecht**“) entgegensteht.

- 15.2 Der Lieferant hat für seine Lieferungen alle Anforderungen des Anwendbaren Außenwirtschaftsrechts einzuhalten. Der Lieferant ist verpflichtet, uns spätestens zwei (2) Wochen nach Bestellung sowie unverzüglich nach Änderungen kostenfrei alle Informationen und Daten schriftlich mitzuteilen, die wir zur Einhaltung des Anwendbaren Außenwirtschaftsrechts bei Aus-, Ein- und Wiederausfuhr benötigen. Dies gilt insbesondere für:
- die Listung eines Gutes nach den Anhängen der VO (EU) 2021/821 sowie der Deutschen Ausfuhrliste (unter Angabe der Listenummer) in der jeweils aktuellen Fassung;
 - die „Export Control Classification Number“ gemäß der jeweils aktuellen U.S. „Commerce Control List“, sofern die zu liefernden Güter den „Export Administration Regulations“ unterliegen;
 - die vollständige Zolltarifnummer; und
 - das Ursprungsland (nichtpräferenziieller Ursprung) und, sofern von uns gefordert, Lieferantenerklärungen zum präferenziiellen Ursprung (bei europäischen Lieferanten) oder Zertifikate/ Zeugnisse zur Präferenz (bei nichteuropäischen Lieferanten).
- Vorstehende Vorschriften gelten entsprechend und sind vom Lieferanten auch zu beachten, sofern sich der Gegenstand einer Bestellung oder das Anwendbare Außenwirtschaftsrecht ändert.
- 15.3 Zudem sind für die betroffenen Lieferungen alle erforderlichen Daten in den entsprechenden Rechnungen auszuweisen. Erforderlichenfalls legt der Lieferant entsprechende Unbedenklichkeitsbestätigungen der zuständigen Behörden vor, ermöglicht die Überprüfung von Ursprungsnachweisen durch die Zollverwaltung und erteilt dazu erforderliche Auskünfte bzw. bringt dazu erforderliche Bestätigungen bei.
- 15.4 Der Lieferant ist verpflichtet, alle ihm nach Vertragsschluss bekanntwerdenden Umstände, welche die Annahme eines möglichen oder tatsächlichen Verstoßes gegen das Anwendbare Außenwirtschaftsrecht begründen, uns unverzüglich kostenfrei schriftlich mitzuteilen. In jedem Fall, in dem Umstände bekannt werden, welche die Annahme eines möglichen oder tatsächlichen Verstoßes gegen das Anwendbare Außenwirtschaftsrecht begründen, ist ein Annahmeverzug durch uns für einen angemessenen Zeitraum ausgeschlossen, um uns die Gelegenheit der Überprüfung zu geben.
- 15.5 Wenn tatsächliche Verstöße gegen das Anwendbare Außenwirtschaftsrecht festgestellt werden oder nicht ausgeschlossen werden können, können wir nach unserer Wahl vom Vertrag insgesamt zurücktreten oder für diejenigen Teillieferungen, die die Annahme eines Verstoßes begründen.
- 15.6 Der Lieferant ist verpflichtet, uns einen etwaigen Schaden zu ersetzen, der dadurch entsteht, dass der erklärte Ursprung infolge fehlerhafter Bescheinigung bzw.

fehlerhafter Nachprüfungsmöglichkeit von der zuständigen Behörde nicht anerkannt wird, es sei denn, er hat diese Folge nicht zu vertreten.

16. Sonstiges

- 16.1 Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die nach Vertragsschluss vom Lieferanten uns gegenüber abzugeben sind (z. B. Fristsetzungen, Mahnungen, Erklärung von Rücktritt), bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform im Sinne des § 126b BGB.
- 16.2 Soweit nach diesen Einkaufsbedingungen eine Erklärung schriftlich oder in Schriftform abzugeben ist, genügt insoweit die Wahrung der Textform im Sinne des § 126b BGB (einschließlich Telefax und E-Mail), es sei denn, durch Gesetz ist die schriftliche Form angeordnet.
- 16.3 Der Lieferant ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z.B. Subunternehmer) erbringen zu lassen.
- 16.4 Der zugrunde liegende Vertrag kann von jedem Vertragspartner bei Vorliegen eines wichtigen Grundes - ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist - gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Tatsachen gegeben sind, auf Grund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen der Vertragspartner die Fortsetzung des Vertrags nicht mehr zugemutet werden kann.
- 16.5 Im Falle der Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen des Vertrages bleiben die übrigen Bestimmungen wirksam.

17. Erfüllungsort - Anwendbares Recht - Gerichtsstand

- 17.1 Erfüllungsort für sämtliche Lieferungen ist der in der Bestellung angegebene Bestimmungsort. Ist kein Bestimmungsort angegeben, ist der Erfüllungsort unser Geschäftssitz. Erfüllungsort für die Nacherfüllung ist der Belegenheitsort der jeweiligen Lieferungen.
- 17.2 Für diese Einkaufsbedingungen und alle Rechtsbeziehungen zwischen uns und dem Lieferanten gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der vereinten Nationen über den Internationalen Warenkauf (UN-Kaufrecht/CISG).
- 17.3 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten ist unser Geschäftssitz. Wir sind jedoch

auch berechtigt, nach unserer Wahl Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung oder am Geschäftssitz des Lieferanten zu erheben.

(Stand: April 2024)